

Neuer Stadtteil im Donaufeld: Bürger fordern Umweltprüfung

Das Tauziehen um die Verbauung des Donaufelds geht in die nächste Runde: Eine Bürgerinitiative fordert eine Umweltprüfung des Projekts

Foto: Bernd Rengelshausen



6000 neue Wohnungen sind im Bezirksteil geplant.

Auf einer Fläche von 65 Hektar sollen 6000 Wohnungen entstehen. Der Verein Freies Donaufeld kämpft seit Längerem gegen die Baupläne und bringt nun juristische Gründe vor. So sei etwa die fehlende Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) ein Problem.

Rückblick: Die MA 22 (Umweltschutz) stellte 2018 per Bescheid fest, dass keine Prüfung notwendig ist. Die Bürgerinitiative argumentiert, dass das heutige Projekt nicht mehr ident mit den damals eingereichten Plänen sei.

„Die 2018 ausgestellte Bescheinigung gilt nicht auf Vorrat“, meint Rechtsan-

walt Wolfram Schachinger, der die Bürgerinitiative vertritt. So sei der Bauträgerwettbewerb erst 2019 durchgeführt worden, und bei den Projektvorgaben hätte es dann gravierende Änderungen gegeben.

„Ein offensichtlicher Widerspruch“, erläutert Schachinger. Laut EU-Richtlinie seien zudem bei Vorhaben dieser Größe zwingend die Umweltaus-

wirkungen zu überprüfen.

Schreiben an die zuständigen Stellen

Der Verein ist deshalb an die Umweltanwältin, die MA 22 und die MA 37 (Baupolizei) herangetreten. „Wir sind nicht grundsätzlich gegen Wohnbau, bestehen aber darauf, dass dieser umwelt- und sozialverträglich ist“, so Obmann Robert Alder.

Die MA 22 betont, dass der Verein Freies Donaufeld nicht im Feststellungsverfahren aufgetreten sei. „Aktuell eingelangt ist ein Schreiben des Vereins, das noch bearbeitet wird“, heißt es. Philipp Wagner